



Bürgermeisterpartei Ignoriert  
Bevölkerungsmeinung

Trotz **1000 Unterschriften** soll Verkauf und  
Verbauung der Friedhofsreservefläche  
durchgezogen werden.

# Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

**Gleichzeitig drastische Erhöhung  
der Friedhofsgebühren beschlossen**

Seite 2

Nach der Wahl:  
**Bürgermeisterpartei erhöht alle  
Gebühren spürbar**

Seite 18

## Letzte Meldung: BürgerInnen bei Friedhofswiese getäuscht:

nun doppelte Verbauung  
und zweite Zufahrtsstraße  
durch Friedhof *Seite 5*

● **Für eine Moderni-  
sierung der Rad-inf-  
rastruktur!** *Seite 7*

● **Förderungen für  
den Umstieg auf  
erneuerbare Ener-  
gieträger vor dem  
Aus?** *Seite 11*



## DER NEUE ZUGFAHRPLAN FÜR PURKERS- DORF

Seite 20

Editorial:

# Sehr geehrte Purkersdorferinnen und Purkersdorfer! Liebe Freundinnen und Freunde!


 Liste Baum  
LIB

GRin Sabine Aicher  
Tel.: 0676 461 55 10  
sabine.aicher@  
listebaum-gruene.at



**D**ie letzten Monate waren gemeindepolitisch turbulent und arbeitsintensiv, aber auch sehr erfolgreich.

Lange Jahre war man gewohnt nur in Wahlkampfzeiten von der Opposition zu lesen oder zu hören. Unser Entschluss mit den Fraktionen „Purkersdorfer Liste“ und „VP Purkersdorf“ eine gemeinsame Zeitung, das „EXTRABLATT“ herauszugeben und damit der geplanten Umwidmung und dem Verkauf der „Friedhofsgründe“ den Kampf anzusagen, war für die meisten PurkersdorferInnen zumindest eine Überraschung. Erstmals haben alle Purkersdorfer Oppositionsparteien geschlossen gegen ein SP-Projekt Stellung bezogen. Wir haben – so zeigt der Erfolg von 1000 Unterschriften – die richtige Vorgangsweise gefunden.

Bei der letzten GR-Wahl haben

ca. 5.500 WählerInnen ihre Stimme abgegeben. 1.000 Unterschriften bedeuten also fast 20 % der politisch agierenden BürgerInnen! Ein herzliches Dankeschön an alle diese Menschen, die couragiert Ihre Meinung durch eine Unterschriftenabgabe ausgedrückt haben. Trotz Diffamierungen und der Aussendung einer Massensendung mit unrichtigen Angaben durch die SPÖ.

In Purkersdorf werden kommunalpolitische Themen, immer öfter vom Bürgermeister und seiner Anhängerschaft im Alleingang vorbereitet. Dann wird die Opposition vor vollendete Tatsachen gestellt und keine der 3 Fraktionen hat die Möglichkeit inhaltliche Änderungen zu erreichen. Das liegt einerseits daran, dass es zunehmend schwieriger wird, überhaupt an die nötigen Informationen zu gelangen, und dass andererseits die SP mit ihrer 2/3-Mehrheit

ohnehin nur das beschließt, was sie vorher schon vereinbart hat. Mittlerweile werden in den Ausschüssen der Stadträte Orthofer, Weinzinger und Wolkerstorfer die Protokolle für die Arbeitssitzungen erst bei Beginn der Sitzung vorgelegt. Das heißt, keine/r der GemeinderätInnen hat die Möglichkeit, sich vorab mit den Angelegenheiten zu befassen oder sie zu prüfen. Das hat es bisher nicht gegeben und ist ein weiterer Ausdruck des schwindenden Demokratieverständnisses von Bgm. Schlögl.

Der Gehorsam der SP-Mandatare ist bekannt. Der Bürgermeister muss jedoch lernen zu akzeptieren, dass die Opposition ihre eigene Meinung vertritt und ihm den Gehorsam schlicht verweigert.

Wir bekennen uns zur Zusammenarbeit für Purkersdorf und der damit verbundenen Konstruktivität.

Sabine Aicher

## Friedhofsgebühren eklatant erhöht!

**W**enn Sie die nachstehende Tabelle genau ansehen, könnten Sie glauben wir haben uns verschrieben. Leider nein. Erst im Juni dieses Jahres wurde eine Erhöhung der Friedhofsgebühren beschlossen. Jetzt möchte die SP-Mehrheit eine horrendere Erhöhung vornehmen.

Die Friedhofsgebühren waren schon einmal Thema, als das Land NÖ im Juli 2009 in seinem Gebarungseinschaubericht (siehe <http://www.purkersdorf-online.at/politik/>

gr1/protokoll-20/Einschaubericht.pdf) kritisiert hatte, dass der Friedhof seit 2005 nicht kostendeckend geführt wird. In der Sitzung des Gemeinderats hat uns damals noch der Finanzstadtrat DI Orthofer erklärt, dass der Bericht eine „Bestätigung für die gute Finanzpolitik“ zu sehen wäre.

Mit einer Erhöhung der Gebühren, im schlimmsten Fall um 526%, sollen jetzt Angehörige die Versäumnisse der Vergangenheit ausgleichen. Für die Moral der SPÖ spricht

zusätzlich, dass die Gebührenerhöhung bei einem „normalen“ Erdgrab um das 35-fache höher ist als bei einer großen Gruft. Auch wenn lt. Gemeinde die Kostendeckung bei einer Bestattung in der Gruft bisher wesentlich höher als beim Erdgrab war, so kann man davon ausgehen, dass Gruftbesitzer/innen eine höhere Friedhofsgebühr leichter tragen könnten als Menschen mit kleinem Einkommen.

Dass zusätzlich die Gebühr bei einer Bestattung im Erdgrab um 800 Euro, in der Gruft

aber nur um 400 Euro beschlossen werden soll, ist zwar nicht überraschend umso mehr jedoch empörend und als Frechheit gegenüber den Bürger/innen zu bezeichnen. Wehren kann man sich im Bedarfsfall ja nicht.

Sabine Aicher

	Bis 01.10.	Bis 31.12.2010		Ab 01.01.2011			Gesamt	Beerdigungskosten	
		Erhöhung	vgl. zu Gruft:	Tarif	bisher	ab 01.01.2011			
gemeinsame Reihengräber (10 J.)	€ 19,00	+15,79%	€ 22,00	+354,55%	35,6 fach	€ 100,00	526,32%	im Erdgrab	
einzelne Reihengräber (10 J.)	€ 23,00	+13,04%	€ 26,00	+284,62%	28,6 fach	€ 100,00	434,78%	€ 1.220,00	€ 2.025,00
Familiengräber bis zu 4 L (10 J.)	€ 375,00	+15,20%	€ 432,00	+50,46%	5,1 fach	€ 650,00	173,33%		
Familiengräber mehr als 4 L (10 J.)	€ 574,00	+14,98%	€ 660,00	+50,00%	5,0 fach	€ 990,00	172,47%	in der Gruft	
Urnengräber bis zu 4 U (10 J.)	€ 93,00	+13,98%	€ 106,00	+50,94%	5,1 fach	€ 160,00	172,04%	€ 1.402,00	€ 1.825,00
Urnengräber bis zu 8 U (10 J.)	€ 184,00	+15,22%	€ 212,00	+55,66%	5,6 fach	€ 330,00	179,35%		
Urnengräber über 8 U (10 J.)	€ 370,00	+15,14%	€ 426,00	+52,58%	5,3 fach	€ 650,00	175,68%		
Urnennischen bis zu 2 U (10 J.)	€ 270,00	+14,81%	€ 310,00	+48,39%	4,9 fach	€ 460,00	170,37%		
Grüfte bis zu 3 L (30 J.)	€ 2.493,00	+14,92%	€ 2.865,00	+9,95%		€ 3.150,00	126,35%		
Grüfte bis zu 6 L (30 J.)	€ 3.045,00	+14,98%	€ 3.501,00	+9,97%		€ 3.850,00	126,44%		
Grüfte bis zu 12 L (30 J.)	€ 4.986,00	+14,98%	€ 5.733,00	+9,89%		€ 6.300,00	126,35%		
Grüfte mehr als 12 L (30 J.)	€ 6.553,00	+15,00%	€ 7.536,00	+10,14%		€ 8.300,00	126,66%		

Diesen Artikel schreibe ich mit ein bisschen Stolz, aber vor allem mit dem guten Gefühl, dass sich in Purkersdorf die Bürger sehr engagiert zeigen!

# 1.000 Unterschriften gegen die Umwidmung der Friedhofswiese

**E**rstmals seit Jahrzehnten hat sich die gesamte Opposition zusammengetan und gemeinsam an einem Strang gezogen, als es nötig war, die Umwidmung der Friedhofswiese von „Grünland Friedhof“ in „Bauland“ zu verhindern. Die Umwidmung soll lauten: BW 40, maximal 2 Wohneinheiten je Liegenschaft.

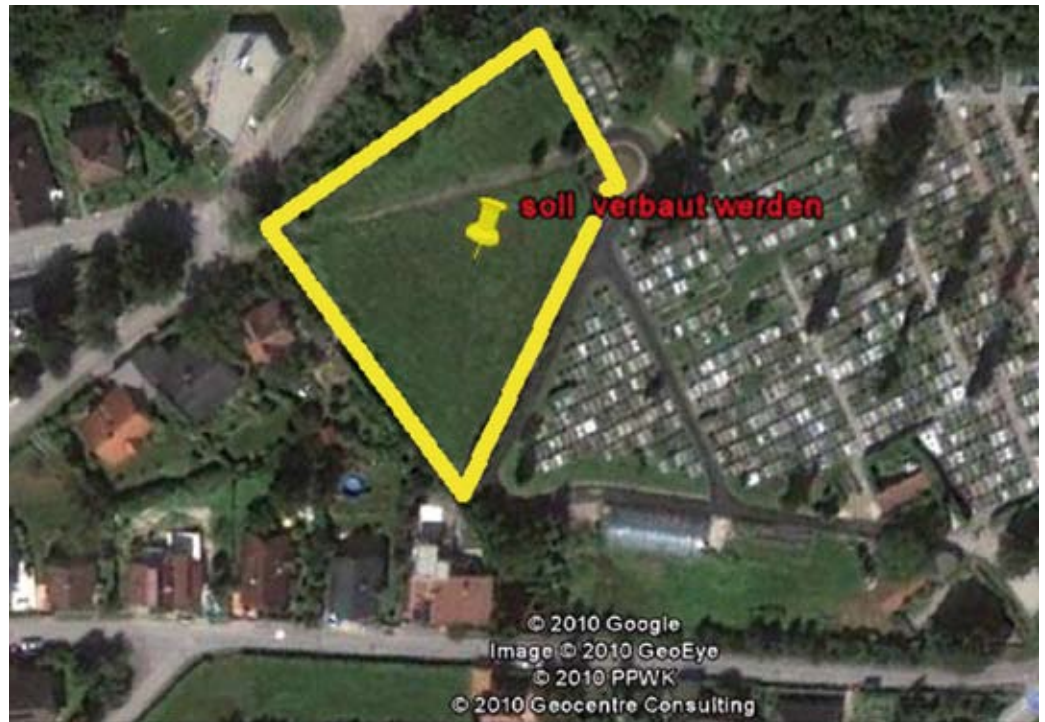
Das heißt:

- erlaubt sind an der südseitigen Fassade zur besseren Nutzung der Sonne max. 7,5m Bauhöhe
- Der oberste Abschluss des Daches darf nicht höher als 8m über dem verglichenen Gelände liegen.
- Bebauungsdichte soll 33% werden, wahlweise offene oder gekuppelte Bebauung.
- Entlang der Verkehrsflächen und dem Friedhofsbereich 3 m Bauwuch

**Eine Wiese, die 1957 gekauft wurde und als Reservefläche für den Friedhof gedacht war.**

Begonnen haben wir mit dem Widerstand gegen Umwidmung und Verkauf mit einem gemeinsamen Auszug aus dem Gemeinderat in der Sitzung im Juni. Dadurch haben wir erreicht, dass die Sitzung unterbrochen werden musste und keine Mehrheitsentscheidung der Schlögl-SP die Umwidmung und den beabsichtigten Verkauf der Wiese erzwingen konnte. Wir haben zuvor etliche Versuche gestartet, die Betreiber der Umwidmung umzustimmen. Einige Vorschläge wurden unsererseits unterbreitet, verhalten aber ungehört.

Große Teile der Bevölkerung sind der Meinung, dass in Purkersdorf in den letzten Jahren genug gebaut wurde und wollen keine zusätzlichen Bauten mehr. Darüber



hinaus weist Purkersdorf mit 72 % eine der höchsten Boden-Versiegelungsraten Österreichs auf – wesentlich höher als Wien.

## Oppositions-Zeitung „Extrablatt“

So entschlossen wir uns gemeinsam mit der ÖVP und der Purkersdorfer Liste eine Zeitung herauszugeben. Das „Extrablatt“. Die darin forcierte Unterschriftensammlung brachte dann die eingangs erwähnten 1.000 Unterschriften. Die von diesem großartigen Erfolg schwer getroffene SPÖ möchte die Zahl herunterspielen, indem sie behauptet, dass ca. 15 % der Unterschriften unleserlich sind bzw. der Einwendungsgrund nicht richtig formuliert ist. Doch wenn sich jemand schon die Mühe macht, eine Einwendung einzubringen, verdient das Anerkennung, sofern der Wille des Unterzeichners klar ist, auch wenn die Einwendung

formal vielleicht nicht exakt formuliert ist.

Immerhin haben auch nach Abzug dieser Stimmen 10 % der Wahlberechtigten von Purkersdorf schriftlich die Meinung bekundet, dass sie keine Umwidmung und damit auch keine weitere Verbauung der Stadt möchten. Wir haben diese Unterschriften in enorm kurzer Zeit gesammelt, d.h. mit ein bisschen mehr Zeit wären es noch viel mehr gewesen.

**10 % der Wahlberechtigten-Unterschriften reichen aus um eine „Bürgerbefragung“ einzuleiten!**

**22 Seiten Einwendungen an das Land NÖ und die Gemeinde**

Überdies hat DDr. Josef Baum eine 22-seitige schriftliche Einwendung

**Hier ist klar zusehen, dass der wesentliche Teil der Friedhofsreserveflächen verbaut werden sollen. Dazu kommt nun auf Kosten weiterer Reservefläche ein aufwendiger zweiter Straßenanschluss zur Marterbauerstraße hin.**

## Glossar:

**Der Bauwuch** ist der Grundstücksteil, der sich von der Straßenbegrenzungslinie oder der tatsächlichen Straßengrenze parallel zur seitlichen Grundstücksgrenze in der Breite des seitlichen Grenzabstands erstreckt und der grundsätzlich von baulichen Anlagen freizuhalten ist.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3: 1000 Unterschriften ...

## Lieber Leserin, lieber Leser!

In unserer politischen Arbeit bleibt auch die Frage der Finanzierung nicht ausständig. Wir, die GemeinderätInnen, behalten die Entscheidungen nicht für uns, sondern geben sie vollständig in einen Topf, der zur Finanzierung unserer Informationsmedien verwendet wird. Das heißt wir sind in unserer Arbeit auch auf Spenden angewiesen. Wenn es Ihnen Ihre finanzielle Lage erlaubt und Sie unsere Bemühungen und unsere Arbeit für Demokratie und Transparenz in Purkersdorf unterstützen wollen, freuen wir uns über Ihre Spende auf unser Konto bei der Bank Austria

Kto.Nr. 619 179 401,  
BLZ 12000.

Herzlichen Dank!

Sabine Aicher  
Fraktionsvorsitzende  
und Kassierin der LIB & G

verfasst, die ebenfalls an die Gemeinde aber auch an das Land NÖ – Abteilung Raumplanung – geschickt wurde.

Solange die NÖ Landesregierung nicht offiziell der Umwidmung zustimmt, gibt es noch die Chance, dass die Wiese „Wiese“ bleiben darf.

Aber über das Thema hinaus, zeigt sich einmal mehr, wie in Purkersdorf gearbeitet wird. Seit Jahren fordern wir dass gespart wird, weil anhand der Zahlen der letzten Jahre ersichtlich war, dass sich irgendwann kein Budget mehr erstellen lässt und der Finanzhaushalt der Gemeinde nur mehr mit der Aufnahme von noch mehr Krediten bewältigt werden kann. Anstatt einzusparen, wurden jedoch die Rückzahlungen der fälligen Kredite immer wieder hinausgeschoben und neue Darlehen aufgenommen. Schließlich

musste dann der Kindergarten aus „finanzkosmetischen Gründen“ an die WIPUR verkauft werden. Jetzt ist er wieder an die Gemeinde zurück vermietet. Das bedeutet, dass wir jetzt für einen Kindergarten Miete zahlen, der uns zuvor gehört hat.

Anstatt das letzte im Gemeindebesitz befindlichen Grundstück dafür zu verwenden, kurzfristig ein Budget zu erreichen, sollte es aufgehoben werden um z.B. einen Grundstückstausch vorzunehmen. Aufgrund des ständigen Zuzuges nach Purkersdorf brauchen wir vermehrt Platz für einen Kindergarten, einen Schülerhort oder sonstige für die Basisinfrastruktur benötigte Einrichtungen. Jetzt kurzfristig „jungen Familien“ (welche Jungen können sich 360 € / m<sup>2</sup> leisten?) dieses Grundstück zu verschern und damit der öffentlichen Verfügbarkeit zu

entziehen, wäre ein unwiderruflicher Fehler in der Stadtplanung.

## SPÖ will die Entrüstung der Bevölkerung nicht zur Kenntnis nehmen

Die Art und Weise, wie die SP mit diesem Thema umgegangen ist, erschüttert jedenfalls. Es wurde eine Aussendung an alle Haushalte geschickt mit einem Bild, das den Friedhof zeigt – allerdings Jahre zuvor! Es wurde die Opposition herabgewürdigt und jegliches Demokratieverständnis der SP kam jetzt völlig abhanden. Die Obrigkeit verlangt wieder Unterordnung unter den bürgermeisterlichen Willen.

Wir bleiben jedoch dabei, die Umwidmung und den Verkauf der Wiese mit allen, uns rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln, verhindern zu wollen.

Sabine Aicher

## www.purkersdorf.info – oder wie versenke ich 6.000 Euro?

In der Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2005 wurde gegen den Willen der Liste Baum & Grüne für einen Internetauftritt der „Purkersdorfer Wirtschaft“ ein Betrag von 6.000 Euro beschlossen.

Schon damals verwehrten wir uns gegen diese Idee. Gab es doch die offizielle Seite der Stadtgemeinde und „purkersdorf-online“ als kostengünstigere Variante.

Die SP unter Bürgermeister Schlögl wollte aber partout dieses Internetportal und ließ sich das aus den Mitteln des Gemeindebudgets eben einiges kosten.

### 2005 erfolgt der letzte Eintrag

Jetzt - 5 Jahre später – existiert diese Homepage de facto nur mehr als Farce. Die letzten Einträge verweisen auf Ausstellungen mit dem Datum 31. Mai 2005.

Als Möglichkeiten essen zu gehen, finden sich Gasthäuser, die seit Jahren geschlossen sind, wie z.B. das Gasthaus Neunteufel am Hauptplatz. Ärzte, die in verdiente Pension gegangen sind, wie z.B. Dr. Herbich, finden sich neben ebenso fehlenden Geschäften. Eine einzige (!) Firma ist auf dem Portal eingetragen! Auffallend ist, dass schon

damals SP-Gemeinderäte dafür waren, die jetzt zwar auch noch im GR sind, aber mit ihrem Unternehmen auf dieser Internetseite nicht aufscheinen.

### Wirtschaftsstadtrat ahnungslos

Nicht nur, dass diese 6.000 Euro von vornherein in den Sand gesetzt waren, kam auch niemand auf die Idee, wenigstens das Geld für die Hostinggebühren zu sparen und die Seite ganz zu schließen. Der Wirtschaftsstadtrat Wolkerstorfer wusste von dieser Seite nichts (obwohl er selbst Unternehmer und Ortsobmann des SP-Wirtschaftsverbandes ist), hat aber zugesagt sich darum zu kümmern.. Für mich stellt sich jetzt wiederum die Frage, wem mit der Investition von 6.000 Euro gedient war.

### Jährliche Subventionen werden ausbezahlt

Die „Aktive Wirtschaft Purkersdorf“ sucht jährlich um Subvention an. In den letzten Jahren (2007 – 2010) wurden insgesamt fast 50.000 Euro bewilligt und ausbezahlt. Da könnte man schon erwarten, dass mit diesem Geld sorgsam umgegangen und es sinnvoll verwendet wird.

Bina Aicher



# Mietvertrag Bildungszentrum – ein Faschingscherz?

**D**er Baubeginn des neuen Bildungszentrums in der Schwarzhubergasse verzögert sich. Das hinderte die Mehrheitsfraktion im Gemeinderat nicht einen Mietvertrag zu beschließen, der am 1. September 2012 beginnt – unabhängig von der tatsächlichen Übergabe des Objekts.

## Ein Mietvertrag wie es ihn wohl nur in Purkersdorf gibt

Doch der Inhalt dieses Mietvertrages ist noch skurriler: Die Miete ist nicht als Betrag festgelegt. Sie definiert sich als die Summe ALLER Kosten über 25 Jahre, inklusive Finanzierungskosten.

Die Eckpunkte des Vertrags beinhalten:

- 25 Jahre lang verzichtet die Stadtgemeinde auf eine Kündigung.
- 25 Jahre lang trägt die Stadtgemeinde alle Kosten, von der Kreditrückzahlung bis zu den Versicherungen, und von den Abgaben, Gebühren und Heizkosten bis hin zu den Verwaltungskosten.
- 25 Jahre lang läuft auch der Kredit der WIPUR zur Finanzierung des Bildungszentrums, ein

Kredit, für den die Stadtgemeinde haftet.

- Nach 25 Jahren sollte somit das Bildungszentrum durch die Stadtgemeinde ausfinanziert sein.

Wenn wir alles bezahlt haben und alle Pflichten von Eigentümern bei uns liegen, dann könnten wir darüber verfügen, es nutzen, verkaufen oder sonst was - möchte man meinen.

Das kann die Stadtgemeinde eben nicht, weil sie einen Mietvertrag beschlossen hat, der das Gegenteil besagt: Wenn die Stadtgemeinde alles bezahlt hat, gehört das Objekt einer Firma namens WIPUR. Kosten und Pflichten tragen die öffentliche Hand, das Eigentum wird aber ausgelagert, und damit die Möglichkeit der Privatisierung geschaffen

## Gemeinde zahlt und privatisiert dann

Die Liste Baum & Grüne hat der Beschlussfassung dieser Privatisierung widersprochen. Stadtrat Christian Schlagitweit stellte den Zusatzantrag, wonach das Bildungszentrum nach Ausfinanzierung direkt in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen sollte. Dieser Antrag scheiterte an der

Bürgermeisterei. Der Bürgermeister hat dem Antrag den Wind aus den Segeln genommen, indem er einen eigenen Zusatzantrag beschließen ließ. Demzufolge sind alle Fraktionen zu einer unverbindlichen Arbeitsgruppe eingeladen, die mit der WIPUR nachverhandeln möge.

## Gespräche ohne Bereitschaft zu Veränderung

Das Gespräch fand statt. Es war eine Farce, vertane Zeit, von Verhandlung keine Spur. Bei dieser Gelegenheit gab der Finanzstadtrat – er ist gleichzeitig auch im Aufsichtsrat der WIPUR – wieder einmal einen seiner banalen Standardsätze zum Besten:

„Die Wipur, das sind wir ja eh selbst. Also ist es egal, wer letztlich den Nutzen zieht.“

Aber wer gibt die Garantie dafür ab, dass eine so hoch verschuldete Gesellschaft wie die WIPUR auch in 25 Jahren noch unter gleichen Eigentums- und Rechtsverhältnissen existiert? Was ist, wenn die WIPUR unter finanziellem Druck privatisiert wird?

Ist das ein zukunftsfähiger, verantwortungsvoller Umgang mit Gemeindevermögen?

Christian Schlagitweit



Liste Baum  
**LIB**

Christian Schlagitweit  
Tel. 0664 5226694  
Schlagitweit@aon.at

## Glossar:

**WIPUR** (Wirtschaftsbetriebe der Stadt Purkersdorf GmbH): 100 % Tochtergesellschaft der Stadt Purkersdorf in die Projekte, Bauvorhaben und Betriebsführungen der Gemeinde ausgelagert werden, wodurch sie nicht direkt im Budget aufscheinen. Für Kredite der WIPUR haftet die Stadtgemeinde Purkersdorf.

## Letzte Meldung: Sitzung des Gemeinderates am 1.12.10

**D**iese Gemeinderatssitzung war sicher eine der wichtigsten seit sehr langer Zeit: Heuer wurden – nach den Wahlen schon die meisten Gebühren um ca. 10 % erhöht, heute folgten fast alle restlichen Gebühren. Beim Friedhof sind diese Gebührenerhöhungen besonders drastisch. Es scheint fast, als soll mit einem finanziellen Hebel Platz am Friedhof gemacht werden.

Die Zuwendungen an das Jugendzentrum wurden nach fast 20 Jahren halbiert. Damit sind der Bestand des Jugendzentrums und die öffentliche Jugendarbeit in Purkersdorf schwer gefährdet. Der weitgehende Abbau der

ohnehin nicht üppigen Alternativenergieförderung wurde eingeleitet. Auch eine Sache um die wir jahrelang gekämpft hatten.

Trotz unserer massiven Kritik gibt es keine Einschränkung bei der Subventionierung von Großveranstaltungen oder bei den Bezügen der Mandatäre. Gleichzeitig werden weitere Frankenkredite aufgenommen, obwohl der Franken seit einem Jahr um ca. 12 % gestiegen ist. Die Schulden der Gemeinde sind daher bei ca. 30 Millionen (in Euro) an Frankenkrediten um ca. 3,5 Millionen Euro gestiegen sind

Obwohl das immer noch kaschiert wird

und kein Thema sein soll, steht die Gemeinde erstmals wirklich mit dem Rücken an der Wand, aber es ist kein planvolles Handeln zu erkennen. Die Bürgermeisterfraktion steht vor grundsätzlichen Problemen, wie viele Gemeinden in Niederösterreich. Mit der Umwidmung und dem Verkauf von Familiensilber (Gemeindeeigentum) werden die Probleme aber nur zeitlich hinausgeschoben, keinesfalls gelöst. Der Bürgermeister könnte in dieser Lage sein Talent beweisen.

Fortsetzung auf Seite 9

Wie eine Schülerin vor der Abschiebung bewahrt wurde und wie man sich für Menschenrechte einsetzen kann.

## Maria und Anna beweisen Zivilcourage

Der Vorfall hat Schlagzeilen gemacht. Eine Schülerin sollte direkt aus der Schule weg in Schubhaft genommen werden. Mutige SchulkollegInnen haben das vereitelt. Zwei dieser jungen Frauen sind Purkersdorferinnen: Maria Kaltenbrunner und Anna Maringer.

Ihr Mut und ihr entschlossenen Handeln haben eine menschliche Tragödie verhindert. Sie schildern in Folge selbst, wie sie ihre Schulkollegen vorläufig vor der Abschiebung bewahrt haben.



Überall in der Schule wurden Plakate und Schriftzüge aufgehängt, um unseren Protest auch sichtbar zu machen.



Demonstration „AUS MIT RAUS“

# Araksya muss bleiben! - ein SchülerInnenprotest

Am Vormittag des 13.10.2010 kamen 5 Polizisten der Fremdenpolizei in unsere Schule, das Gymnasium BORG 3, Wien, um unsere Mitschülerin Araksya Manukjan aus dem Unterricht heraus in Schubhaft zu nehmen. Da sie zu diesem Zeitpunkt bereits untergetaucht war, wurden unser Direktor und eine unserer Lehrerinnen stundenlang von der Polizei verhört.

Als wir Schülerinnen und Schüler davon erfuhr, entstand eine breite Protestbewegung mit Unterstützung der ganzen Schule.

Sofort starteten wir eine Unterschriftenaktion; über 6000 Unterschriften konnten gesammelt werden. Wir erstellten eine Homepage um die vielen UnterstützerInnen unseres Protestes weiterhin zu informieren. Ein Offener Brief an die Frau Innenministerin Fekter wurde formuliert, uns wurde allerdings bisher noch kein Termin gewährt um ihn ihr zu überreichen. Zu lesen gibt es den Brief auf unserer Homepage <http://www.ausmitraus.aks.at>, auf der ihr nach wie vor für unsere Aktion unterschreiben könnt.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer des BORG 3 schlossen sich dem Protest an, ihren Brief kann man ebenfalls auf unserer Schulhomepage lesen (<http://www.borg3.at>).

Am Dienstag, den 19.10.2010, fand eine von uns mitorganisierte Demo unter dem Motto „AUS MIT RAUS – Araksya muss bleiben!“ statt. Rund 2000 Leute nahmen daran teil. Der Großteil davon waren Schülerinnen und Schüler, das BORG 3 allein war mit etwa 350 SchülerInnen vertreten!

Noch ist nicht sicher, wie Araksyas Zukunft aussieht und ob sie diese in Österreich verbringen darf. Solange ihre Mutter in psychiatrischer Behandlung ist, kann auch ihre Tochter nicht abgeschoben werden. Sobald ihre Mutter aber als stabil entlassen wird, soll der Abschiebebefehl wie geplant durchgeführt werden.

Eine Abschiebung nach Ungarn, das erste sichere Land in das die aus Armenien stammende Araksya und ihre Mutter einreisten, würde für Araksya bedeuten, in ein Land zu kommen, dessen Sprache sie überhaupt nicht versteht und in dem sie wieder von Neuem anfangen muss. Wahrscheinlich steht ihr dort erneut ein zermürbendes Asylverfahren bevor, während dem sie sich weder niederlassen, ihre Schule beenden, noch wirklich integrieren kann angesichts einer jederzeit möglichen weiteren Abschiebung.

Unsere Proteste sind solange noch nicht beendet, bis feststeht, dass Araksya und ihre Mutter in Österreich bleiben dürfen, denn wir sehen nicht ein, dass die immer geforderte Integration im Ernstfall plötzlich kein Argument mehr darstellt, damit Bleiberecht gewährt wird! Auf bestehende Gesetze darf sich die Politik nicht ausreden, denn asoziale Gesetze können geändert werden!

Wir möchten noch all unseren Unterstützerinnen und Unterstützern danken, die uns aus ganz Österreich Mut zugesprochen und uns motiviert haben, weiterzumachen! Auch Danke an alle Leute, die auf der Demo und gemeinsam mit uns laut waren – für Araksya! Und 6000mal Danke an alle die uns schon mit ihren Unterschriften unterstützt haben und Danke schon mal an alle die es noch tun werden!

Wir hoffen mit unseren Protesten etwas zu erreichen, denn die Abschiebung unserer Mitschülerin ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sie betrifft uns alle! Wir wollen unsere Schule als Ort der Bildung, der freien Gedanken und der Sicherheit sehen. Sie darf nicht zu einem Ort werden, an dem wir Angst vor der Fremdenpolizei haben müssen!

Maria Kaltenbrunner, Anna Maringer,  
Maria-Inez Reinberg,  
ehem. Schülerinnen der Montessori-Klasse  
der Neuen Mittelschule Purkersdorf

# Für eine Modernisierung der Radinfrastruktur!

**D**er Radverkehrsanteil in Purkersdorf stagniert. Für den Ausbau der Radwege hat die Stadtgemeinde in den letzten Jahren keine Mittel bereit gestellt. Vom Stadtzentrum Richtung westliches Wiental ist die Nutzung der Bundesstraße B44 alternativlos, wenn man nicht Umwege durch Siedlungen und den Wienerwald in Kauf nehmen will. Auch die AnrainerInnen entlang der Wiener Straße (Hoffmannpark) haben keine Möglichkeit schnell und sicher per Fahrrad ins Zentrum zu gelangen.

Unter dem Titel „Purkersdorf radfit machen“ hat Verkehrsstadtrat Christian Schlagitweit daher dem Gemeinderat vom September ein Maßnahmenbündel als Grundsatzantrag vorgelegt. Damit sollte die Richtung der Entwicklung der Radinfrastruktur skizziert werden. Das wäre noch kein Beschluss für eine konkrete Umsetzung von Maßnahmen gewesen, dazu fehlen noch Planungsgrundlagen. Es war ein Versuch eine strukturierte und transparente Vorgangsweise bei der Verbesserung der Radwege einzuführen. Der Gemeinderat sollte zuerst einen Masterplan festlegen und dann darauf abgestimmte Einzelmaßnahmen beschließen.

## Auszug aus dem Vorhabensbericht:

- Bauliche Maßnahmen zur Schaffung einer durchgehenden West-Ost-Verbindung im Wiental unter Vermeidung von Umwegen
- Wintergasse und Linzerstraße: Sicherheit für RadfahrerInnen durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen erhöhen.
- Tempo 50/30
- Öffnung von Einbahnen für RadfahrerInnen gegen die Richtung

- Diebstahlssichere Radabstellanlagen bei Bahnhöfen, Haltestellen und Schulen schaffen bzw. bestehende Einrichtungen verbessern
- Allfällige Gefahrenstellen auf bestehenden Radstreifen oder -routen kurzfristig entschärfen.

Ein Grundsatzbeschluss, der nur eine Orientierung bedeutet hätte, ist leider an den Stimmen der SP gescheitert, obwohl die Rathausmehrheit bisher noch sehr wenig für Radwege getan hat.

Im Budgetvoranschlag für 2011 hat der Finanzstadtrat auch den eingereichten Budgetposten für Investitionen in die Radinfrastruktur einfach gestrichen – ohne auch nur den zuständigen Stadtrat dazu zu konsultieren.

## Gesamtkonzept für die Radinfrastruktur in Purkersdorf

Auch wenn sich der Gemeinderat unserem Vorhabensbericht nicht angeschlossen hat, so werden wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Im Gegenteil: wir werden eine genaue Situationsanalyse vornehmen, und darauf aufbauend, einen Umsetzungskatalog erstellen. Höchste Priorität hat dabei die Sicherheit – wollen wir doch auch die Jugend zum Radfahren im Alltag bewegen. Die erforderlichen Maßnahmen werden im Gesamtkonzept nach Dringlichkeit, zeitlicher Planung und Finanzierbarkeit ausgearbeitet.

## Kommt ein taugliches Radnetz?

Aktuell kommt der Rückenwind für eine Verbesserung für RadfahrerInnen vom Land Niederösterreich. Die Initiative Radland NÖ will bis 2020 den Radverkehrsanteil verdoppeln. Eine Maßnahme dazu war der Erfahrungsaustausch und

die wechselseitige Evaluierung der Radinfrastruktur mit Vorarlberger Gemeinden. Das Land NÖ nimmt diesen Bericht mit den konkreten und allgemeinen Maßnahmenempfehlungen sehr ernst. Der Bericht benennt auch Gefahrenstellen ganz konkret, macht sie damit amtlich. Das bringt die Gemeinde unter Zugzwang. Amtsträger können sich nicht dauernd vor Entscheidungen drücken, wenn schon „von oben“ darauf hingewiesen wird, dass da und dort konkret Menschen gefährdet werden.

## Finanzielle Unterstützung in Aussicht

Auch hat das Land ein Amtshilfesuch positiv erledigt. Techniker der nÖ. Straßenverwaltung haben nun die Planungen für ein paar Schlüsselstellen übernommen. Zuletzt bietet das Land aktuell gut dotierte Förderungen für Schlüsselprojekte und gemeindeübergreifende Radwege (bis zu 75%). Solche Förderungen kann nur liegen lassen, wer gar kein Interesse an einer Modernisierung hat.

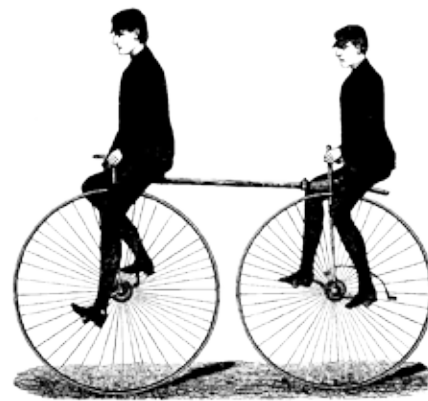
Es gibt für RadfahrerInnen noch keinen Grund den Kopf in den Sand zu stecken. In Wien soll der Radfahrverkehr innerhalb einiger Jahre verdoppelt werden, warum sollte das nicht auch in Purkersdorf möglich sein.

*Christian Schlagitweit*



Liste Baum  
LIB

Stadtrat  
Christian Schlagitweit  
Tel. 0664 5226694  
Schlagitweit@aon.at



Veranstaltung der Wienerwaldkonferenz

# Hangrutschungen im Wienerwald – und ihre potenzielle Zunahme im Zuge des Klimawandels



Josef Baum  
0664 1142298  
baum.josef@gmx.at  
www.josefbaum.at

**Hier eine der folgenschwersten Hangrutschungen in Purkersdorf an der (ehemaligen) Glaskogel - Forststraße in beträchtlicher Länge und Breite - an der Grenze zu Untertullnerbach**

Die Univ. Professoren Bodo Damm und Birgit Terhorst aus Deutschland waren von 2006 bis 2008 als Gastprofessoren an der Universität Wien tätig und forschen seit vielen Jahren in Tirol, Oberösterreich und Niederösterreich. Sie haben im Zuge jüngerer Forschungsarbeiten den Flysch-Wienerwald als eine Region ausgemacht, die im Zuge des Klimawandels in Zukunft stärker von Hangbewegungen betroffen sein kann.

In ihren Arbeiten dokumentieren sie Beispiele und Teilbereiche, die aktuell von Rutschungen betroffen sind, warum es im Wienerwald zu einer Zunahme von Rutschungen kommen kann, und sie zeigen mögliche Gegenstrategien auf. Sie zeigen das „Zusammenwirken von natürlichen Faktoren und menschlichen Eingriffen“ eine häufige Ursache für die Entstehung von Rutschungen auf. Allgemein „lässt sich festhalten, dass aufgrund der Reliefbedingungen, der geologischen Verhältnisse, der klimatischen Charakteristika, der Klimaprognosen und der menschlichen Eingriffe die Flyschzone Niederösterreichs ein ausgesprochen sensibles Geosystem mit hoher Rutschungsanfälligkeit darstellt.“ Flyschgesteine zeichnen sich durch instabile Wechsellagerung von harten, durchlässigen Sand- sowie weichen, undurchlässigen Ton- und Tonsteinen aus. Kommt nun schubartig mehr Feuchtigkeit in dieses System, sind Rutschungen, abhängig von der konkreten Situation, vorprogrammiert.

Schadensereignisse in der Flyschzone Niederösterreichs treten insbesondere in den Winter- und Frühjahrsmonaten zahlreich auf. Allein im

Zusammenhang mit den Niederschlagsereignissen Anfang März 2009 kam es in Niederösterreich zu rund 200 Hangrutschungen.

## Das Interesse der BewohnerInnen des Wienerwaldes erwacht

Erfreulicherweise kam übrigens ein paar Tage nach dieser Veranstaltung die Mitteilung, dass in Mauerbach nach einer (illegalen) Rodung und BürgerInnenprotesten nun die Bebauung auf einem Rutschhang zunächst von der BH gestoppt wurde.

Ob dies nun zufällig nach dieser Veranstaltung der Wienerwaldkonferenz über Hangrutschungen war, wo auch dieser Fall besprochen wurde, oder nicht damit zusammenhängt, Weiterdenkende sind darüber erfreut.

Die Veranstaltung war mit über 80 TeilnehmerInnen gut besucht. Es war eine bemerkenswerte Mischung von ExpertInnen und diversen Interessierten oder auch Betroffenen. Der beabsichtigte Mix aus Wissenschaftlichkeit und praktischer Verwendung war allerdings auch eine Gratwanderung: denn wo zu wenig Informationen in einer komplexen Situation verfügbar sind, lassen sich echte WissenschaftlerInnen auch nur auf sehr vorsichtige Aussagen ein. Unmittelbare einfache Antworten kann es zunächst bei Unsicherheit keine geben. Es gilt jedenfalls das Vorsichtsprinzip.

## Klimawandel als komplizierte Entwicklung

Umfassende Untersuchungen über Hangrutschungen in Österreich und vor allem zu ihrer Entwicklung fehlen bisher. In Deutschland wird allein in den Mittelgebirgen von jährlichen ökonomischen Schäden in Höhe von 150 – 200 Mio. Euro ausgegangen.

Untersuchungen zu den Ursachen und der Verbreitung von Hangrutschungen in der Flyschzone Niederösterreichs werden seit 2007 in Niederösterreich durchgeführt.

Klar ist, dass „als Folge des Klimawandels Rutschungen in Zukunft regional häufiger auftreten können“. Dies gilt zum Beispiel für Mittelgebirgsregionen, in denen auf der Grundlage von regionalen Klimamodellen mit einer Zunahme der Niederschlagshöhen und/oder der Starkregenereignisse und folglich einer insgesamt höheren Bodenfeuchte gerechnet werden muss. Hier gibt es aber eine Unsicherheit. Während für die meisten Mittelgebirgsregionen eine Zunahme der Niederschläge festgestellt wurde, war dies für den







**Nach der Verlegung einer Gasleitung - hier letzte Reste - setzte sich der Hang in Bewegung**



Wienerwald BISHIER noch nicht der Fall. Die Frage ist, ob es also in Zukunft im Wienerwald mehr Niederschläge geben wird, bzw. ob bei insgesamt ähnlichen Niederschlägen wie bisher mehr Extremereignisse bei Niederschlägen anzutreffen sein werden. Der Wienerwald gehört nun allerdings zu den Regionen Österreichs, für die eine winterliche Niederschlagszunahme um 15 bis 30 % bis zur Mitte des Jahrhunderts prognostiziert wird, und genau in dieser Jahreszeit traten bisher auch häufig Schadensereignisse auf.

### Verbindliche Vorhersagen schwer möglich

Das Ganze ist insofern schwierig abzuschätzen, als die globale Klimaerwärmung und auch die Erwärmung für Österreich bisher zwar eindeutig ersichtlich sind, aber es geht insgesamt eben nicht unbedingt überall in die selbe Richtung, sondern lokal kann es auch gegenteilige Tendenzen geben; es geht um einen Klima-

WANDEL, der chaotische, im einzelnen nicht leicht prognostizierbare Entwicklungen zeigen kann.

Auch wenn jeder Häuslbauer nun aufgrund dieser Situation nicht eine eindeutige Antwort auf sein spezielles Problem bekommen konnte, ist es bei Unsicherheit und Kompliziertheit dennoch sinnvoll sich mit den Grundlagen der Entwicklung zu beschäftigen.

Den Bundesforsten sei nochmals für die Zurverfügungstellung des Raumes und die Beistellung von örtlichen Experten für eine Fachexkursion gedankt, der Gemeinde für die Finanzierung des Buffets.

Die Zusammenfassung eines ähnlichen Vortrages beim 11. Österreichischen Klimatag (daraus auch die Zitate) finden sie jedenfalls auf:

[http://www.austroclim.at/fileadmin/user\\_upload/ppt\\_11\\_Klimatag/Tagungsband\\_upload.pdf](http://www.austroclim.at/fileadmin/user_upload/ppt_11_Klimatag/Tagungsband_upload.pdf)-auf Seite 16

Josef Baum

**Die Hangrutschung direkt in den Wienfluss führte durch den Aufstau zu berechtigten Sorgen bei den Flussanrainern. Die Bundesforste führten viele Tonnen an Material schon ab.**

**Es geht nun in einem langen Rechtsstreit um die Verantwortung dafür: die Gasgesellschaft sieht das anders als die Bundesforste – möglicherweise wird die Forststraße überhaupt nicht mehr hergestellt.**

Fotos: Bodo Damm während der Exkursion vor der Veranstaltung

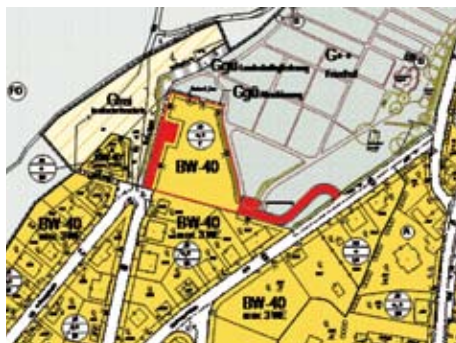
### Fortsetzung von Seite 5: Sitzung des Gemeinderates am 1.12.10

#### Das Agieren in der Friedhofsumwidmung wird immer grotesker.

Es gibt dutzende Gründe, die gegen die Umwidmung der Friedhofsgründe sprechen. Hier das Wesentliche: In der Aussendung an alle Haushalte zur Umwidmung war von „5 Einfamilienhäusern“ die Rede, die durch die Umwidmung auf Friedhofsgründen gebaut werden könnten. Nun geht es plötzlich um ca. 2500 m<sup>2</sup> reine Wohnfläche + 2 neuen Zufahrtsstraßen, eine von unten zusätzlich in den Friedhof hinein. Trotz einer plötzlichen Verdoppelung der Wohnflächen – gegenüber den Informationen bei der öffentlichen Auflage – sollen nun aber die Parzellen um dasselbe Geld – wie vorher

geplant – verkauft werden, auch diese Kaufverträge sind beschlossen worden; das heißt für die Käufer: zahl eins – nimm zwei. Ein Weihnachtsschnäppchen. Offenbar ist die Panik auf der Gemeinde groß, schnell irgendwie zum fehlenden Geld zu kommen. Von Redlichkeit gegenüber ca. 100 BürgerInnen, die Einwendungen gemacht haben, ganz zu schweigen.

Die Leute, die diese Lage verursacht haben, haben 100 Einwendungen ignoriert.



Aber es besteht die Hoffnung, dass korrekte Landesbeamte diese unkorrekte Vorgehensweise nicht genehmigen. Wenn sich diese Hoffnung nicht realisieren würde, dann werden Höchstgerichte mit großer Wahrscheinlichkeit die Gemeinde zur Vernunft bringen. Denn es gibt etliche Präzedenzurteile, die ähnliche Fälle betreffen, und wo dann im Bauverfahren die gesamte Widmung vom Höchstgericht aufgehoben wurde. Sollten aber inzwischen die neuen Eigentümer gebaut haben, dann können an die Gemeinde Schadensersatzforderungen entstehen, die ein Vielfaches der derzeit geplanten Grundverkaufseinnahmen von einer Million Euro betragen. J.B.

**Jetzt müssen auch noch zwei neue Zufahrtsstraßen (hier rot eingezeichnet) zu den verbauenden Gründen errichtet werden**

Berichte von Veranstaltungen der Wienerwaldkonferenz

# (Wie) Sollen weitere 81000 Menschen im Wienerwald wohnen?

**W**ir leben im Biosphärenpark Wienerwald. Was nun bei uns dadurch genau anders sein soll, ist allgemein wenig bekannt. Gemäß der Sevilla-Strategie der UNESCO ist ein zentrales Ziel eines Biosphärenparks, als Modellregion eine Vorbildfunktion für ein harmonisches, „nachhaltiges“ Miteinander von Mensch und Natur einzunehmen. Gerade im Biosphärenpark Wienerwald, der mittlerweile seit Jahrzehnten einer intensiven Verstädterung des Umlandes der Großstadt ausgesetzt ist, stellt dieser Anspruch punkto Siedlungsentwicklung eine große Herausforderung dar. Denn das über weite Strecken (vor allem entlang der großen Verkehrsachsen) chaotische Siedlungswachstum in diesem Raum hat zu einer chronischen Überbelastung der Verkehrsinfrastrukturen geführt. Von Modellregion ist bis dato nichts zu merken; ja noch unerfreulicher, es wird daran von den Hauptentscheidungsträgern auch nicht gearbeitet, ja es gibt daher auch wenig ernsthafte Planungen.

## Wohnen im Einklang mit der Natur

Ein wesentlicher Punkt ist für ein harmonisches, „nachhaltiges“ Miteinander von Mensch und Natur ist das (zukünftige) Wohnen. Wohnen im Einklang mit der Natur heißt vor allem niedriger Energieverbrauch, bzw. Nutzung erneuerbarer Energien; und vor allem ob, wo und wie gebaut werden soll.

Natürlich wäre es sehr verkürzt, wenn (erst kürzlich) in den Wienerwald Gezogene keine weiteren Bauten mehr wollen. Oft vergessenes Faktum ist aber, dass etwa in Purkersdorf mit derzeit ca. 9000 HauptwohnsitzernInnen auf Grund des geltenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan viele

**Faktum ist aber, dass etwa in Purkersdorf auf Grund des geltenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan viele weitere (Aus)Bauten möglich sind, die zu einer Einwohnerzahl von insgesamt ca. 25000 führen könnten.**

weitere (Aus)Bauten möglich sind, die insgesamt zu einer Einwohnerzahl von insgesamt ca. 25000 führen könnten.

## Effiziente Siedlungsstrukturen entwickeln

Es stellt sich daher real die Frage, ob und wie in Zukunft die Nutzung der beträchtlichen Baulandreserven gesteuert werden soll.

Am 28. Oktober 2010 fand nun dazu im Cafe Jugendstil eine Veranstaltung mit Dr. Robert Musil von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften statt. „Effiziente Siedlungsstrukturen. Ist eine nachhaltige Siedlungsentwicklung im Wienerwald möglich?“ Vizebürgermeister Purkersdorf Dr. Christian Matzka begrüßte und kam hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert schnell zur Sache. Er schrieb ja schon vor einiger Zeit auch eine Arbeit darüber, wie etwa in den 70er Jahren parteipolitische Interessen über Wohnbaugenossenschaften die Entwicklung von Purkersdorf gesteuert haben.

Im Vortrag berichtete Dr. Robert Musil über ein mehrjähriges Forschungsprojekt im Rahmen von „Man and Biosphere“ zur Siedlungsentwicklung im Biosphärenpark Wienerwald.

## Bevölkerungsanstieg zu erwarten

Er führte u. a. aus, dass im Wienerwald bei Fortdauer der gegebenen Trends das Bevölkerungswachstum – auf Basis der Freiflächen und möglichen Verdichtungsflächen in den jeweiligen Siedlungskörpern errechnet – sich bis 2050 auf rund 81.000 Personen belaufen würde (gegenwärtige Einwohnerzahl: 288.000). Diese Zahl entspricht dem Bevölkerungsanstieg der letzten vier Jahrzehnte.

Das Ziel einer vorausschauenden Raumordnung ist gerade auch im Wienerwald der sparsame Flächenverbrauches, aus ökologischen aber auch aus ökonomischen Gründen,

denn Verkehr und Infrastruktur kostet auch, und hängt von der Siedlungsstruktur ab.

Robert Musil stellt auch die Verschiedenartigkeit der Siedlungsstruktur und die vorhandenen Baulandreserven im Wienerwald dar.

## Niederländische ABC-Methode als Denkansatz

Abschließend stellte Musil Ergebnisse nach der „ABC-Methode“ der niederländischen Raumplanung in ihrer Anwendung auf die Baulandreserven des Wienerwaldes als mögliche Bewertungs- und Lösungsansätze vor. Dies klassifiziert das Bauland nach der Nähe zum Ortszentrum und zu öffentlichen Verkehrsmitteln. In Zentrumsnähe und nahe öffentlicher Verkehrsmittel könne auch dichter gebaut werden, da so Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturkosten sowie Umweltauswirkungen optimal gestaltet werden können. Aufbauend auf diesen Grundlagen kann dann an „Schrauben“ der Raumordnung wie Umwidmung, Bebauungshöhe, Bebauungsabstand zur Grundgrenze usw. gedreht werden. Allerdings nicht willkürlich, sondern eben nach einem gerechten System, sonst können „Entschädigungen“ verlangt werden. Genau dazu lieferte der Vortrag Grundlagen.

## Änderungen sind möglich

Die lange Diskussion unter den Anwesenden, oft selbst einschlägig tätig, zeigte den Bedarf sich über diese oft verdrängten oder vordergründig behandelten Grundsatz- und Zukunftsfragen auszutauschen. Und es wurde auch klar, dass bei vorhandenem politischem Willen Änderungen auch schnell erreicht werden können: wenn z. B. die Wohnbauförderung nur mehr im Sinne nachhaltiger Ziele eingesetzt wird.

Die Präsentation des Vortrags ist im Internet auf der Homepage der Wienerwaldkonferenz einsehbar.

Josef Baum

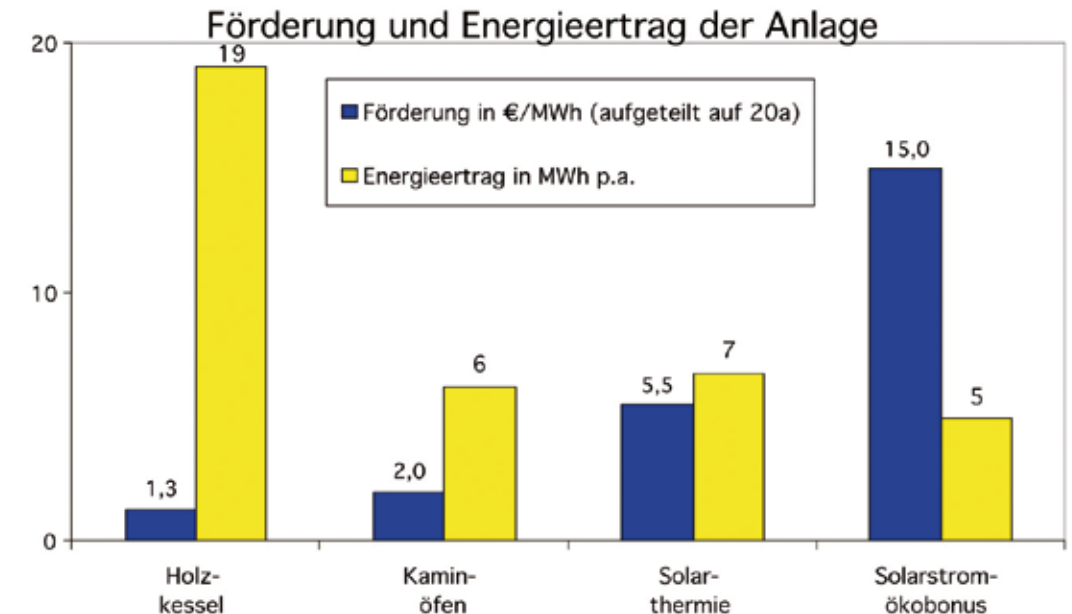
# Förderungen für den Umstieg auf erneuerbare Energieträger vor dem Aus?

Die Stadtgemeinde Purkersdorf ist Klimaschutzgemeinde, fördert daher den Einsatz erneuerbarer Energien. Die seit 2009 bestehenden Förderrichtlinien sind heuer überwiegend der Stromproduktion aus Fotovoltaik zugute gekommen. An sich ist erfreulich, dass diese Förderung, die vor Jahren von LIB&Grüne und einem Bevölkerungs-Initiativantrag eingeführt wurde, nun erstmals ordentlich gegriffen hat. Andererseits stimmen aber auch die Proportionen angesichts beschränkter Mittel nicht mehr. Mehr als 25.000 Euro fließen heuer in die Produktion von ca. 50.000 kWh Ökostrom. Mit rund 12.000 Euro wird die Investition in Solarthermie und Biomasse gefördert. Die gewonnene Energie daraus beträgt jährlich rund ein halbe Million kWh – klimaschonend und nachhaltig.

Holzheizungen haben den größten Anteil an der Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger. Dennoch werden sie auf die Leistung bezogen am geringsten gefördert. Auch hinsichtlich des Klimaschutzes kann mit Holzheizungen und Solarthermie am meisten bewegt werden.

## Eingebrachter Vorschlag für neue Förderrichtlinien

Eine neuerliche Adaptierung der bestehenden Förderrichtlinien war daher ein nachvollziehbares Anliegen der Gemeinde. Der Gemeinderatsausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr hat sich daher auf neue Förderrichtlinien als Beschlussvorlage für den Gemeinderat geeinigt. Kernstücke der Neuerung sind:



- Reduktion des Solarstrom-ökobonus auf eine Aufzahlung auf 30 Cent je kWh (ca. 25 Cent Förderung) bei gleichzeitiger Anhebung des Förder Volumens von 50 auf 60 kWp Gesamtleistung.
- Kein Eingriff in bestehende Verträge – Einhaltung früherer Zusagen.
- Erweiterung der Solar- und Biomasseförderung um den Pelletkaminöfen, wenn dieser auch ergänzend zu einer Zentralheizung auf Basis fossiler Energien eingesetzt wird. Damit können auch Mieter mit geringen Investitionskosten ihre Wärmebereitstellung zum großen Teil auf wesentlich günstigere Biomasse umstellen.
- Künftig sollen auch Energieberatungen und thermografische Analysen gefördert werden.
- Wegfall der Förderung für thermische Sanierungen. Wärmedämmung ist kostenaufwändig, die Förderung ist da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und hat daher keine motivierende Wirkung.
- Wegfall der Investitionsförderung für Fotovoltaik

– wegen mangelnder Inanspruchnahme.

In Summe würde das in den kommenden Jahren den Förderaufwand deutlich reduzieren. Dennoch hat der Finanzstadtrat als Mitglied des Umweltausschusses bereits angekündigt, dass er im Gemeinderat diese Förderrichtlinien zu Fall bringen wird. Sowohl die Förderung für Biomasseheizungen, als auch die Förderung für solarthermische Anlagen sind ihm ein Dorn im Auge. Wahrscheinlich deswegen, weil gerade diese zwei Technologien klimapolitisch relevant sind.

## Mit Biomasse und Solarthermie können wir heute dem Klimawandel am wirksamsten entgegenreten.

Ob sich die gesamte SP-Fraktion in Geiselhaft des Finanzstadtrats begeben wird?

*(Redaktionsschluss war noch vor der entscheidenden Gemeinderatssitzung)*

Christian Schlagitweit,  
Stadtrat für Umwelt, Energie und Verkehr



**Offenlegung und Impressum:**  
»Purkersdorfer Informationen« ist die Zeitung der Liste Baum – sozialökologische Plattform in Purkersdorf, die auch als Gemeinderatsfraktion im Rahmen der wahlwerbenden Gruppe »Liste Baum und Grüne« tätig ist, und dieser eine Plattform bietet. Die Zeitung berichtet über (sonst wenig veröffentlichte) Tatsachen und bringt Vorschläge in die Gemeindepolitik mit der Perspektive einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft ein.  
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Liste Baum – sozialökologische Plattform.  
Layout: Karl Berger, E-Mail: karl.berger@listebaum-gruene.at, www.zeichenware.at, Inserate: Sabine Aicher, E-Mail: sabine.aicher@listebaum-gruene.at

# Stellungnahme zur beabsichtigten Umwidmung von Grünland-Friedhof in Bauland-Wohngebiet

*Josef Baum gab ebenso wie an die 1000 MitbürgerInnen (das sind fast 20 Prozent der Anzahl der WählerInnen bei Wahlen) eine Stellungnahme im Umwidmungsverfahren ab. Als langjähriger Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Raumplanung ist Josef Baum ein Experte auf diesem Gebiet. Die Stellungnahme fiel daher mit 20 Seiten etwas länger aus.*

*Nachfolgend ein Auszug daraus, in voller Länge ist sie auf Purkersdorf-online zu finden:*

**1.** Der tatsächliche und einzige Grund der Umwidmung ist das Ziel der Wertsteigerung des Grundstücks und der schnellen Verwertung durch die Gemeinde. Diese Vorgangsweise widerspricht eindeutig dem NÖ Raumordnungsgesetz

Aus oberstgerichtlichen Entscheidungen und den Prinzipien des NÖ Raumordnungsgesetzes leitet die Raumordnungsabteilung des Landes eine unmissverständliche Aussage für die Änderung des Flächenwidmungsplans ab:

„Der Flächenwidmungsplan darf nicht geändert werden, bloß weil

- der wirtschaftliche Wert einer Grundfläche erhöht werden soll
- einem Wunsch eines Grundeigentümers entsprochen werden soll
- der Gemeinderat zur Erkenntnis gelangt, dass auch eine andere Widmung denkbar wäre“.

**Tatsache ist aber, dass der Flächenwidmungsplan genau deshalb geändert wird, um den wirtschaftlichen Wert einer Grundfläche zu erhöhen, diesen Wert schnell zu lukrieren und so schnell als möglich ins Gemeindebudget fließen zu lassen.**

Dies wird allein schon dadurch ersichtlich, dass der Beschluss der Umwidmung nicht nur zeitgleich mit dem Beschluss zum Verkauf gefällt wurde, sondern nur ein einziger Beschluss für die GR-Sitzung vorbereitet und vorgelegt wurde, nur unter einem Tagesordnungspunkt rangierte, und dann nur auf einen besonderen Antrag getrennt abgestimmt und beschlossen wurde.

Weiters wird dies dadurch klar ersichtlich, dass es im Beschluss auch heißt: „Etwaige Kaufverträge sollen so vorbereitet werden, dass Verkaufserlöse noch im Jahr 2010 erzielt werden können.“ Ungeachtet der notwendigen Fristen und Genehmigungen geht es offensichtlich darum durch Umwidmung innerhalb kürzester Zeit **schnelles Geld zu lukrieren.**

**Trotz mangel- und fehlerhafter Begründungen (siehe unten) offensichtlich ohne Gutachten wurde aber schon ein Gutachten zum erzielbaren Kaufpreis erstellt.** Auch dies zeigt den Zweck der Umwidmung deutlich auf.

In einer Sitzung aller Fraktionsvorsitzenden der im Gemeinderat vertretenen Parteien am 16. August 2010 wurde von Seiten der Mehrheitsfraktion klar ausgesprochen, dass der Erlös durch den Verkauf der zur Umwidmung geplanten Friedhofsgründe für den Budget-Abschluss des Haushaltsjahres 2010 notwendig

sei. Den VertreterInnen anderer Parteien wurde auch angeboten, bei Zustimmung zur Umwidmung, einige von anderen Parteien favorisierten Projekte durch diese Einnahmen umzusetzen.

**2.** Vorsorge für Friedhofsreserveflächen als Teil einer vorausschauenden Raumplanung – langfristige Entscheidungen vor über hundert Jahren und vor Jahrzehnten sollten nicht durch Setzen von irreversiblen Tatsachen leichtfertig und schnell beiseite geschoben werden

Der Friedhof in seiner jetzigen Lage wurde ab 1859 vergrößert und 1962 erfolgte eine „großflächige Erweiterung“. Faktum ist, dass die Erweiterung 1962 erfolgte, obwohl dieser Zeitpunkt in einer Periode der weitgehenden Bevölkerungsstagnation in Purkersdorf von 1951 bis 1981 lag. Die Begründungen für die Zweckmäßigkeit von Reserveflächen sind heute in einer Ära, sowohl der rasanten Zunahme der Bevölkerung als auch von Prognosen, auf eine weitere rasante Zunahme der Bevölkerung um ein vielfaches schlagender. Siehe Tabelle

**3.** Sollten Friedhofsreserveflächen tatsächlich aufgegeben werden, sollten diese als allgemeine öffentliche Reserveflächen genutzt werden, da es solche in Purkersdorf kaum mehr gibt

Sollten Friedhofsreserveflächen – entgegen der umfassenden Argumentation hier – trotzdem aufgegeben werden, spricht vom Standpunkt der nachhaltigen vorausschauenden Entwicklung alles für den Behalt als allgemeine öffentliche Reservefläche.

Faktum ist, dass der Gemeinde praktisch kaum mehr nennenswerte öffentliche Reserveflächen in interessanten Lagen zur Verfügung stehen. Faktum ist, dass anlässlich der Notwendigkeit des Neubaus eines Kindergartens die Gemeinde keine zentrale Lage mehr zur Verfügung hatte, und schließlich eine periphere Lage an der Stadtgrenze zu Wien wählte, an die der Großteil der Kinder mit Fahrzeugen gebracht werden muss. Das entspricht nicht kurzen Wegen, Energieeffizienz und allgemein der im Entwicklungskonzept angestrebten nachhaltigen Entwicklung.

Wenn in Zukunft wieder Gebäude für eine soziale Infrastruktur zu errichten sind, und das ist bei der großen Bevölkerungszunahme durchaus nicht unwahrscheinlich, so wäre die Fläche am Rande des Friedhofs entweder dafür geeignet oder könnte ein Tauschobjekt für andere private Immobilien sein.



## 4. Negatives Beispiel vom Sportplatz sollte nicht wiederholt werden

In der Geschichte der Kommunalpolitik gibt es (mindestens) ein negatives Beispiel, das nicht wiederholt werden sollte. Zur Wende zu den 90er Jahren wurden mit der Begründung finanzieller Notwendigkeiten frühere Sportplatzflächen umgewidmet, verkauft und mit Einfamilienhäusern bei vergleichsweise hohem Flächenverbrauch verbaut. Später wären diese Reserveflächen dann für den Sportplatz benötigt worden. (Es kam durch dieses unüberlegte Vorgehen jenseits aller Grundsätze der Raumordnung später auch zu Nutzungskonflikten. Vor allem hinsichtlich von Lärm - mit teuren Folgen für das Gemeindebudget)

## 5. Die geplante Raumordnungsänderung ist anlassbezogen und widerspricht somit dem Zwecke der Kontinuität und Verlässlichkeit der Raumordnung

Das NÖ Raumordnungsgesetz bestimmt, dass örtliche Raumordnungsprogramme nur unter bestimmten Umständen abgeändert werden können, und diese im Gesetz erschöpfend angeführten Umstände liegen nicht vor. Jedenfalls hat es keine wesentlichen Änderungen der Grundlagen der Raumplanung gegeben, und solche werden auch in der Begründung des Beschlusses nicht angeführt. ...Die häufigen Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogramm von Purkersdorf von 1992, zuletzt abgeändert mit der 10. Änderung Gemeinderatsbeschluss vom 23. 06. 2009 weisen darauf hin, dass in Purkersdorf schon wiederholt anlassbezogen und nicht grundsatz- und entwicklungszielbezogen vorgegangen worden ist, und die jetzige Umwidmung auf dieser Linie liegt. Die Kontinuität dieser negativen Vorgangsweise kann aber kein Argument für die Rechtmäßigkeit dieser Vorgangsweise sein.

Der Gesetzgeber will ein Raumordnungsprogramm, das auf klaren Prinzipien aufgebaut ist, so eine lange Gültigkeit, Kontinuität und Verlässlichkeit aufweist, und jedenfalls nicht bei diversen Wünschen und Anlässen auf Zuruf abgeändert wird.

„Nach den Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs besitzt der Flächenwidmungsplan eine erhöhte Bestandskraft. Der Bürger darf darauf vertrauen, dass die Widmung, die im Flächenwidmungsplan festgelegt ist, nicht leichtfertig sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen geändert wird“ heißt es auf Homepage der NÖ-Raumordnungsabteilung.

Die geplante Änderung des örtlichen Raumordnungsprogramms widerspricht somit dem Gedanken der Raumordnung im Allgemeinen und im Besonderen § 22 ROG-NÖ.

## 6. Unzureichende und falsche Begründungen in den Unterlagen für den Beschluss zum Gemeinderat

Laut Raumordnungs-Homepage des Landes NÖ „dürfen Flächenwidmungen ausschließlich nach sachlichen Kriterien festgelegt werden. Diese müssen nachvollziehbar dokumentiert werden“. Hat es wesentliche Änderungen der Grundlagen der Raumplanung gegeben? Sind in den Begründungen zur Änderung des Flächenwidmungsplans neue Fakten zutage getreten?

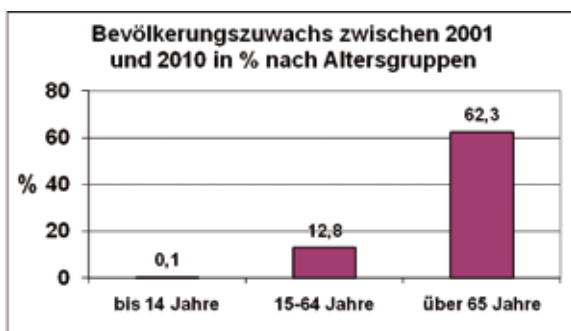
**a.** Das einzige wesentlich Neue in den Begründungen zur Änderung des Flächenwidmungsplans wäre die Darstellung hinsichtlich einer (möglichen) Zunahme des Urnengrabes. Abgesehen davon, dass die Annahme der Zunahme der Urnenbestattung wohl nicht für die gesetzlichen Anforderungen zu einer Änderung der Raumordnung ausreicht, stellt sich die Frage, warum dieser anscheinend fundamentale Trend niemanden schon früher bei den fast jährlich anzutreffenden Änderungen der Raumordnung in Purkersdorf

*Fortsetzung auf  
Seite 14*

## Fortsetzung von Seite 13: Stellungnahme zur Umwidmung ...

Statistisches Handbuch des Landes NÖ 2010, Seite 57

**Die Initiatoren der Umwidmung von Friedhofgründen haben nicht bedacht, dass durch die drastische Änderung der Alterszusammensetzung in Purkersdorf auch bei einer Zunahme der Urnenbestattung auf Reserveflächen nicht so einfach zu verzichten ist**



aufgefallen ist. Warum dies gerade jetzt entdeckt wurde, und warum es jetzt so schnell gehen muss? (Bemerkenswert ist dies auch deswegen, weil seit vielen Jahren immer dasselbe Planungsbüro die Grundlagen für Umwidmungen liefert).

Wenn es aber sozusagen eine plötzliche Entwicklung sein sollte, die bisher weder der Stadtverwaltung, noch den Planern in ihrer grundlegenden Bedeutung aufgefallen ist, dann würde sich die Frage der Dauerhaftigkeit dieser Entwicklung stellen. Aus den Zahlen, die in der Begründung geliefert werden (31 % Urnenbestattung) ist nicht ersichtlich, ob dies für ein Jahr gilt, oder für einen Zeitraum; auch die Tendenz ist nicht ersichtlich, sodass daraus auf eindeutige Änderungen in den Grundlagen der Raumplanung geschlossen werden könnte. Insofern ist der einzig möglicherweise substantielle neue Punkt somit mindestens unklar und unvollständig.

**b.** Wie die Tabelle mit den Zahlen seit 1869 zeigt, ist bei der Bevölkerungsentwicklung in Purkersdorf eine langfristige Vervielfachung der Bevölkerungszahl im 20. Jahrhundert ersichtlich und aus dieser ungebrochenen Dynamik ergeben sich unbestritten fundamentale Folgen für Infrastruktur jeglicher Art, die im GR-Beschluss zu oberflächlich, und damit in weiten Teilen falsch analysiert sind.

### Bevölkerungsentwicklung 1869 - 2010

(Quelle: Stat.A.; Hauptwohnsitz-Einwohnerzahlen)

Jahr	Purkersdorf		Wien-Umgebung		Purkersdorf	
	absolut	1869=100%	absolut	1869=100%	1981=100%	1961=100%
1869	1.423	100	38.332	100	28	29
1880	1.860	131	44.644	116	36	38
1890	2.102	148	52.077	136	41	43
1900	2.829	199	64.110	167	55	58
1910	3.733	262	73.160	191	73	76
1923	4.556	320	72.745	190	89	93
1934	5.032	354	79.159	207	98	102
1939	4.724	332	80.999	211	92	96
1951	5.262	370	77.487	202	102	107
1961	4.912	345	76.075	198	95	100
1971	5.036	354	81.192	212	98	103
1981	5.147	362	85.072	222	100	105
1991	6.413	451	94.001	245	125	131
2001	7762	505	98.141	256	151	158
2010	9003	519	113.207	295	175	183

**c.** In der Grundlagenhebung zum Purkersdorfer Entwicklungskonzept 2002 wird eine auf Grund der bestehenden Widmungen bei Ausnutzen aller derzeit gesetzlich möglichen Bebauungen grundsätzlich mögliche Einwohnerzahl von 25.481 angegeben. Da im Entwicklungskonzept keine Strategie zur Hintanhaltung dieser Entwicklung dargelegt wird, vielmehr von laufenden weiteren Zunahmen ausgegangen wird, sollte zumindest ein langfristiger Orientierungspunkt für die Größe des Friedhofs sein, und rechtfertigt die bisherigen Reserveflächen. Dies wird aber im GR-Beschluss nicht erwähnt.

**d.** Nicht berücksichtigt ist die bedeutende Entwicklung von ZweitwohnsitzerInnen. So wird im Entwicklungskonzept 2002 eine Prognose der ZweitwohnsitzerInnen für das Jahr 2011 von 1.600 abgegeben. Jedenfalls muss eine Berücksichtigung von ZweitwohnsitzerInnen tendenziell zu einer Erhöhung von Infrastrukturreserveflächen führen.

**e.** Im Entwicklungskonzept wird prognostiziert, dass der Anteil der über 60-Jährigen in Purkersdorf "sehr stark steigen" wird. Daraus könnten Schlussfolgerungen im gegenständlichen Fall gezogen werden.

**f.** In Purkersdorf wurden in letzter Zeit erfreulicherweise eine Reihe weiterer Einrichtungen zur Altenpflege und Altenbetreuung (z. B. Senecura, Sanatorium) geschaffen. Die regionale Mortalitätsstatistik zeigt, dass sich in der Regel in Orten mit einer überdurchschnittlichen Zahl von Einrichtungen zur Altenpflege und Altenbetreuung hier Auswirkungen auf die Zahl der Sterbefälle ergeben werden. Auch dieser Faktor ist im Beschluss nicht berücksichtigt.

**g.** Gerade die Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass Purkersdorf insofern eine besondere Gemeinde ist, als die Entwicklung der Bevölkerung oft nicht geradlinig war. Im Gegenteil, es traten immer wieder spezielle Effekte auf, wie in der Tabelle zu sehen ist. Insofern sollte die Raumplanung als vorsorgende Entwicklungsplanung gerade in Purkersdorf unterschiedliche Szenarien und Optionen berücksichtigen, und somit im Zweifelsfall höhere Spielräume einbeziehen.

Auch die Annahme der Zunahme oder Konstanz der Häufigkeit der Urnengräber über einen längeren Zeitraum ist eine bloße Annahme. Zumindest sollten alternative Szenarien berücksichtigt werden.

**h.** Die Tabelle zur Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass sehr hohe Zuwachsraten ab den 80er Jahren auftreten und laufend anhalten. Die vorletzte Spalte zeigt an, dass die Bevölkerungszahl in den letzten drei Jahrzehnten in Purkersdorf um 75% zugenommen hat. Im Vergleich zu 1961

– kurz danach kam die letzte Erweiterung des Friedhofs – ist eine Zunahme um 83 % anzutreffen (letzte Spalte).

Immerhin wird im Beschluss von einer weiteren Bevölkerungszunahme von 66 % (!) bis 2045 ausgegangen.

**i.** Demgegenüber fällt die gegenteilige Tendenz von „leicht zurückgehenden Sterberaten aufgrund steigender Lebenserwartung“ (Beschluss) nur wenig ins Gewicht, und verzögert vor allem nur das Eintreten der Sterbefälle.

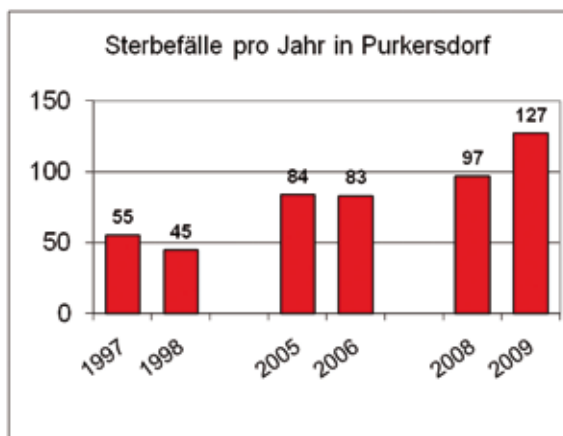
**j.** Hier liegt somit ein zentrales Versäumnis im Beschluss: Es wird nicht auf die Dynamik dieser Entwicklung abgestellt. Diese Bevölkerungszunahme in den letzten drei Jahrzehnten erfolgte im Wesentlichen durch Zuwanderung mittlere Jahrgänge. Diese Jahrgänge werden von der Logik des Alterns her nun laufend ältere Altersgruppen verstärken. Das genau kann nun zu einer viel stärkeren Beanspruchung des Friedhofs in den nächsten Jahrzehnten führen, als unreflektierte Fortschreibungen signalisieren würden. Insofern greift der Beschluss „Auch in Purkersdorf hat sich die Anzahl der Grabstellen in den vergangenen Jahrzehnten trotz teilweise gravierenden Bevölkerungsanstiegs nicht wesentlich erhöht.“ zu kurz, als er die bevorstehende Dynamik nicht betrachtet.

Ich darf mich hier selbst als Beispiel anführen, weil ich glaube, dass mein Fall nicht ganz untypisch ist. Ich errichtete vor über 27 Jahren den Hauptwohnsitz in Purkersdorf, habe bisher nicht über einen Friedhofsplatz nachgedacht, würde aber hier jedenfalls irgendwann eine letzte Ruhe finden wollen.

**k.** Im Beschluss fehlt auch der Hinweis auf die Möglichkeit von Not- und Katastrophenfällen. In einer Welt von zehntausenden A-bomben, hunderten Atomkraftwerken, häufigen Störfällen in chemischen Anlagen und Umweltkatastrophen sollte dies zumindest als Möglichkeit erwähnt werden.

**l.** Angesichts all dieser Unzulänglichkeiten ist die angestellte Rechnung hinsichtlich der Gräberentwicklung nicht mehr als eine Milchburschenrechnung. Die Schlussfolgerung „Seitens der Gemeinde wird somit eine Flächenreserve von über 6.000 m<sup>2</sup> gehalten, die weder aktuell noch zukünftig für Bestattungen benötigt wird“, ist offensichtlich ein vorgegebene Annahme gewesen, nicht das Ergebnis einer sorgfältigen Analyse. Zumindest sollten unterschiedliche Szenarien berücksichtigt werden.

**m.** Die Behauptung, dass die Wiese, die umgewidmet, verkauft und bebaut werden soll, derzeit nur „mit großem Pflegeaufwand zu betreuen ist“, wird nicht belegt, und widerspricht allen Erkenntnissen und Festlegungen (Biosphärenpark, Landschaftsschutzgebiet)



Quelle: Statistisches Handbuch des Landes NÖ, laufend

**Die Verlockung zu schnellem Geld durch Umwidmung von Friedhofgründen ließ darüber hinwegsehen, dass durch frühere Zuwanderungen und neuere Einrichtungen der Altenbetreuung in Purkersdorf der Zahl der Sterbefälle deutlich gestiegen ist, und wahrscheinlich trotz höherer Lebenserwartung weiter steigen wird.**

über den Wert von in Purkersdorf schon selten anzutreffenden Wiesen.

**n.** Im Beschluss heißt es: „Diese Entwicklung macht eine Neuberechnung der Friedhofsbedarfsfläche für einen langfristigen Zeitraum erforderlich.“ Und: „Im Rahmen der Stadtentwicklung ist eine Anpassung des Bestattungsfächenpotentials erforderlich.“ Selbst wenn die Analyse nicht fehlerhaft und unzureichend wäre, liegt kein zwingender Grund vor, warum eine Anpassung des Bestattungsfächenpotentials erforderlich sein sollte und dadurch eine neue Raumordnung unbedingt notwendig wäre.

## **7. Umwidmung und Verkauf sind kein Beitrag zur Gesundung der Gemeindefinanzen, sondern verschärfen die Finanzlage durch Hinausschieben der notwendigen Budgetreform**

Fast alljährlich werden aus budgetären Gründen in Purkersdorf Gemeindeimmobilien verkauft. Es bedarf keiner komplizierten Überlegung, um zu erkennen, dass dies nicht mehr lange so weitergehen kann. Insofern ist der erneute Verkauf eines Grundstücks kein Beitrag zur Gesundung der Gemeindefinanzen, sondern durch Hinausschieben der notwendigen Budgetreform und durch die Einmaligkeit der Einnahmen verschärft sich die Finanzlage auf Dauer. Die in Parteipresseorganen kolportierte Begründung zur Umwidmung „Die Stadtgemeinde Purkersdorf kann dadurch wichtige Einnahmen erzielen, die für weitere Investitionen in Purkersdorf notwendig sind,“ ist der politischen Lyrik zuzuordnen, da das Geld kein Mascherl hat.

## **8. Die geplante Umwidmung kann die finanziellen Risiken der Gemeinde signifikant erhöhen**

Die geplante Umwidmung ist nicht nur kein Beitrag zur Gesundung der Gemeindefinanzen, sondern kann die finanziellen Risiken der Gemeinde sogar signifikant erhöhen. Denn: Wird dem Raumordnungsgesetz nicht entsprochen, muss das Land letztlich die Umwidmung versagen. Dadurch wäre einiges an Ressourcen, die in die Umwidmung gesteckt wurden,

**Fortsetzung auf Seite 16**

## Fortsetzung von Seite 13: Stellungnahme zur Umwidmung ...

unproduktiv geworden. Aber wesentlich wichtiger ist: Sollte das Land aus irgendwelchen Gründen nicht gesetzeskonform entscheiden, dann kann eine obergerichtliche Instanz all dies aufheben, und es müssten geschlossene Verträge rückabgewickelt werden, möglicherweise Schadenersatzansprüche geleistet werden, dann könnten aus dieser kurzsichtigen Vorgangsweise hohe Summen anfallen, für die die Gemeinde letztlich aufkommen müsste.

## 9. Kein signifikanter Beitrag zur Schaffung von Wohnraum – Nur teurer Wohnraum würde geschaffen

Im Beschluss heißt es: „Die Notwendigkeit neuer Baulandausweisungen ist begründet in der positiven Bevölkerungsentwicklung und der damit zusammenhängenden starken Nachfrage nach verfügbaren Baugrundstücken.“

Im Entwicklungskonzept 2002 heißt es: „Wie die Grundlagenerhebung gezeigt hat, ist für die nächsten 10 Jahre mit einem weiteren Anstieg der Bevölkerung und der Haushalte zu rechnen... Der Baulandbedarf hierfür wird mit rund 10 ha (100.000 m<sup>2</sup>) angenommen. ... Dem stehen Wohnbaulandreserven von 33 ha (330.000 m<sup>2</sup>) gegenüber.“

Grundsätzlich kann daher davon ausgegangen werden, dass es im hochpreisigen Segment entsprechende Angebote gibt. Es besteht daher keine Notwendigkeit, dass die Gemeinde selbst Angebote in diesem Segment macht.

Im Gegenteil, die Gemeinde sollte bezüglich Wohnbaupolitik Möglichkeiten für das mittlere und untere Einkommenssegment schaffen, zumal im einkommensstarken Segment infolge der meist geringen Bebauungsdichte nur in sehr geringem Maße Wohnraum geschaffen wird.

Bei fünf Bauplätzen mit je 2 Wohneinheiten und der Annahme einer durchschnittlichen Belegung mit zwei bis drei Personen, würde damit Wohnraum für ca. 25 Menschen geschaffen. Das wäre etwa ein Sechstel dessen, was der Beschluss für die Periode 2010 bis 2020 als jährlichen Bevölkerungszuwachs annimmt. Doch offensichtlich ist diese Annahme noch deutlich zu hoch gegriffen, denn in einem Brief von zwei Stadträten und einem Parteiobmann an alle Haushalte, in dem klar für die Umwidmung plädiert wird, wird von „fünf Parzellen für Einfamilienhäuser“ geschrieben, und: „Fünf Familien können ein Eigenheim bauen“. Hiemit wäre der Wohnraumschaffungsaspekt noch bedeutend niedriger.

## 10. Verstoß gegen grundsätzliche Ziele des Entwicklungskonzepts von Purkersdorf- Kein Beitrag zu den Entwicklungszielen des verdichteten Bauens in zentrumsnahen Gebieten

Im Entwicklungskonzept heißt es:

„Die Siedlungsentwicklung Purkersdorfs ist auf dem Grundprinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung aufgebaut... Um Überbeanspruchungen der natürlichen Ressourcen zu vermeiden, ist ein ökologischer sparsamer Umgang mit dem Bauland“ anzustreben. Zweckmäßigerweise ist dort weiters von einer „maßvollen städtebaulichen Verdichtung aufgrund ökologischer Gesichtspunkte“ als Ziel die Rede.

Der hohe Flächenverbrauch für die ins Auge gefasste Wohnform des Ein- bzw. Zweifamilienhauses auf bestem, zentrumsnahen, sonnigen, südseitigen Flächen ist aus einer HEUTIGEN Gesamtsicht und in Anbetracht der Knappheit von Bodenressourcen eine HEUTE nicht mehr zu vertretende Verschwendung von wertvollem (bisher öffentlichem) Bauland, und entspricht keinesfalls einer nachhaltigen Entwicklung.

## 11. Verstoß gegen das spezielle Hauptziel des Entwicklungskonzepts von Purkersdorf

Im Entwicklungskonzept heißt es als erste Maßnahme im Bereich Siedlungsentwicklung:

„Keine Vergrößerung der Wohnbauflächen.“

Im Umwidmungsbeschluss wird jedoch genau dagegen verstoßen; und der Verstoß wird nicht einmal problematisiert.

Kolportiert wird, dass eine frühere Umwidmung von Bauland in Grünland im Bereich Hueberhaus hier gegengerechnet werden könnte. Dies würde aber weder Zielrichtung und Buchstaben der örtlichen Raumplanung noch Zielrichtung und Buchstaben des niederösterreichischen Raumordnungsgesetzes entsprechen. Zumal die Widmung beim Hueberhaus eine spezielle Widmung für Sport war.

## 12. Diametrale Verstöße gegen die Bestimmungen des NÖ Raumordnungsgesetzes Purkersdorf

Das NÖ Raumordnungsgesetz fordert das „Anstreben einer möglichst flächensparenden verdichteten Siedlungsstruktur“ und die „Sicherung von Gebieten mit besonderen Standorteignungen für deren jeweiligen Zweck und Freihaltung dieser Gebiete von wesentlichen Beeinträchtigungen.“

Gegen diese Bestimmungen wird im dargestellten Beschluss diametral verstoßen.

## 13. Weitere Verringerung der schon seltenen Wiesenflächen in Purkersdorf, zunehmende Versiegelung und rückschrittliche Lösungen in einer Biosphärenparkregion

Die weitere Verbauung von Wiesen, die in Purkersdorf seltene Biotope geworden sind, die weitere Zunahme



der Versiegelung mit geringen Effekten der Wohnraumschaffung, aber den Effekten geringerer Versickerungskapazität und höheren Abflussmengen, somit die Bedeutung der wertvollen Ressource Boden stellen gerade in einem Landschaftsschutzgebiet und in einer Biosphärenparkregion, wo vorbildliche sozialökologische Lösungen vorgesehen sind, keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt dar, zumal die Möglichkeiten zur Veränderung der bestehenden Kulturlandschaft ausdrücklich bei neuen Projekten bestehen und in den Bestand ja nur schwer eingegriffen werden kann.

## 14. Die Gemeinde würde durch Umwidmung und Verkauf von derzeitigem Grünland ein schlechtes Beispiel für BürgerInnen und auch andere Gemeinden abgeben

Ein Umwidmungsbeschluss im GR über Grundstücke im Eigentum der Gemeinde ist in der Rechtsordnung insofern heikel, als hier dem Prinzip von „Checks and Balances“ nur ansatzweise entsprochen wird. Wenn die Gemeinde die Widmungskompetenz für eigene Grundstücke wahrnimmt, sollte sie daher besonders sorgfältig vorgehen.

Sollte diese anlassbezogene Umwidmung mit dem Ziel der Wertsteigerung Erfolg haben, wird dadurch

ein Präzedenzfall geschaffen, auf den sich andere Grundstückseigentümer, die ebenfalls durch Umwidmungen Wertsteigerungen und Einkünfte realisieren wollen, berufen können. - Der offensichtliche Verstoß auch gegen selbst aufgestellte Regeln hat keine positive Wirkung auf den Zusammenhalt.

Hinzu kommt, dass gerade im „Landschaftsschutzgebiet Wienerwald“ und im „Biosphärenpark Wienerwald“ eine solche Vorgehensweise allen proklamierten Zielen der sparsamen Landnutzung widerspricht und diese öffentliche Politik damit konterkariert.

Schließlich würde die Akzeptanz der Argumentation beim Umwidmungsbeschluss auch ein negatives Signal für viele andere Gemeinden sein, zumal die allermeisten Gemeinden viel geringere Bevölkerungszunahmen aufweisen.

## 15. Es ist auch eine Frage der Würde der Menschen

Jenseits aller rechtlichen, ökonomischen und ökologischen Überlegungen gibt es auch so etwas wie die Würde des Menschen. In Fragen des Ablebens und Erinnerungen über den Tod hinaus sollte behutsam und konsensual vorgegangen werden. Kurzfristige und kurzfristige Entscheidungen unter Missachtung verschiedener gesetzlicher Regelungen sind dabei nicht angebracht.

In eigener Sache:

## Liste Baum & GRÜNE ein Bündnis eigenständiger Partner

„Liste Baum & Grüne“ ist ein Wahlbündnis der Liste Baum und der GRÜNEN Purkersdorf für den Purkersdorfer Gemeinderat zur Bündelung der ökologischen und fortschrittlichen Kräfte. Das Bündnis ist dort derzeit mit 4 Mandaten vertreten, und stellt einen Stadtrat (für Umwelt, Energie und Verkehr). Neben gemeinsamer Arbeit im kommunalpolitischen Bereich entfalten sowohl die Liste Baum als auch die GRÜNEN eigenständige Aktivitäten.

Die Liste Baum ist eine parteiunabhängige offene Plattform für unterschiedliche demokratische, sozialökologische und linke Zugänge.

Die Grünen Purkersdorf sind eine Gruppe von Personen, die ökologische, demokratische, feministische und soziale Fragen in die Gemeindepolitik einbringen wollen, denen die Umsetzung von BürgerInnenrechten ein Anliegen ist, und die mit Grünen-Gruppierungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten.

### Tel-Nummern bzw. E-Mail-Adressen der GemeinderätInnen von LIB & Grüne und des Obmanns der Liste Baum



**Marga Schmidl**

Tel.: 0699 114 505 19

marga.schmidl@tplus.at



**Sabine Aicher**

Tel.: 0676 461 55 10

sabine.aicher@

listebaum-gruene.at



**Christa Franek**

0650-25 321 44

christa.franek@

listebaum-gruene.at



**Mag. Christian Schlagitweit**

Tel. 0664-522 66 94

Schlagitweit@

listebaum-gruene.at



**DDr. Josef Baum**

Tel.: 64759

0664 1142298

baum.josef@utanet.at

# Gebühren erhöht – wieder einmal NACH der Gemeinderatswahl

**M**it 1. Oktober 2010 wurden folgende Gebühren um 9,5 % erhöht:

- Abfallwirtschaftsabgaben (Restmüll, Biomüll)
- Kanalbenutzungsgebühren und Abgaben
- Wasserbezugsgebühr und Abgabe

Die Abgaben wurden um satte 9,5 Prozent erhöht und gleichzeitig auch schon im Voraus für 2012 um weitere 5 Prozent! Die letzte Erhöhung erfolgte 2008.

Natürlich ist uns durchaus bewusst, dass alles teurer geworden ist und die Stadtgemeinde auch Indexanpassungen vornehmen muss. Wogegen wir uns allerdings gewehrt haben war, dass die SP Mehrheit auch gleich in hellseherischer Weise die Gebühren für 2012 angehoben hat. Bei jedem einzelnen

Gebührenerhöhungsantrag haben wir den Gegenantrag gestellt, erst zu gegebener Zeit die Erhöhung zu beantragen. Jeder Antrag von uns wurde jedoch niedergestimmt.

**Außerdem wurden noch die Musikschulbeiträge um 7 – 11 % erhöht.**

## Plakatierungssystem schwer defizitär

Jetzt ist die nächste Gebührenerhöhung angesagt: Das vor erst 1 ½ Jahren installierte Plakatierungssystem ist schwer defizitär. Nicht nur, dass die Anschaffung enorm teuer war und bei weitem nicht immer ausgelastet ist, werden jetzt die Gebühren für die Benützung um 100 % erhöht! Ja, es kostet in Zukunft doppelt so viel. Das ist kein Tippfehler. Das System wird zu 80 % von Vereinen genutzt – so die Auskunft des Wirtschaftsstadtrats.

Da es seit der Einführung – gegen die sich die Liste Baum & Grüne“ vehement aussprachen – keine andere Möglichkeit mehr gibt, die diversen Aktivitäten der Vereine anders „unter die Leute zu bringen“, müssen die Veranstalter das Plakatierungssystem nützen. Keine Spur mehr von der von uns verlangten Plakatierfreiheit!

Wieder ein Beispiel für teure und unüberlegte Projekte. Das ganze System hat ca..... Euro gekostet und wir machten in den Gemeinderatssitzungen immer wieder darauf aufmerksam, dass diese Probleme auf uns zukommen werden. Das ganze System ist weder gut lesbar, noch effizient, noch kostendeckend. Ein weiteres Denkmal für einen Stadtrat eben.

Ebenfalls erhöht wurden die Standpreise für Gewerbetreibende auf Märkten. Lange schon wurde derselbe Tarif eingehoben

und es war eine eher moderate Erhöhung, die sicher längst fällig war. Aber auch hier gilt: warum nicht ordentlich jährlich indexangepasst erhöhen, anstatt jahrelang nichts zu tun?

## Jedes Mal NACH der Wahl werden die Gebühren erhöht

Unser besonderer Kritikpunkt richtet sich aber an den Bürgermeister:

Dass Gebühren angepasst werden müssen ist verständlich, damit das Gemeindesystem funktioniert. Wieso aber nie vor der Wahl, wo sie ja auch schon nötig wären!

## Schluss mit der Geldverschwendung

Vielleicht sollte die SPÖ endlich die Open-Air-Konzerte und einen monatelangen Kunststeilaufplatz im Zentrum in Frage stellen, anstatt die Bevölkerung auf allen Seiten zur Kasse zu bitten. Das ist ein Luxus, den sich Purkersdorf angesichts der prekären Finanzlage nicht leisten kann!

Sabine Aicher

## Das „Jugendstil“ und die Kultur

**S**eit April existiert nun ein Caféhaus in Purkersdorf mehr. Die junge Betreiberin Katherina Knezicek hat das alte Salettl übernommen und daraus das „Jugendstil“ gezaubert.

Seitdem gibt es einen Ort an dem engagierte Menschen Veranstaltungen anbieten können, gleich welcher Partei oder Organisation sie angehören.

### „Bücherkino“ – eine außergewöhnliche Idee

Und es wurde bisher reichlich davon Gebrauch gemacht! So veranstaltet z.B. Manfred Bauer mit der Stadtbibliothek „Bücherkino“ vom Feinsten. Filme wie „Pilgern auf Französisch“ oder „Willkommen bei den Schtis“ wurden bisher gezeigt. Am 14.12.10 steht „Brot und Tulpen“ mit Licia Maglietta

und Bruno Ganz auf dem Programm. Es entsteht wirklich Kinoatmosphäre mit dem Vorteil, dass man jederzeit Getränke ordern kann.

### Auch die Musik kommt nicht zu kurz

Aber auch Georg Ragyoczy veranstaltete schon Konzerte. Eines das besonders in Erinnerung blieb, ist sicher das des brasilianischen Gitarristen „Paulo Bitencourt“.

Die „Mary Broadcast Band“, eine Veranstaltung der Liste Baum, sorgte für ein volles Haus samt Terrasse und einen sehr ausgelassenen Abend, an dem getanzt wurde und eine großartige Stimmung herrschte.

Unter dem Titel „Die Manns. Genie und Tragik einer Künstlerdynastie“ veranstaltete die Stadtbibliothek Purkersdorf mit dem



**Durch die Veranstaltung führten Ingrid Schlögl und Manfred Bauer; gelesen haben Mitglieder des Lesekreises**

Lesekreis der Bibliothek eine szenische Lesung: Gemütlich bei einer Schale Kaffee, einem Kipferl oder einem Stück Kuchen Literatur pur genießen. Dafür sorgten Mitglieder des Lesekreises, Ingrid Schlögl und Manfred Bauer.

Das „Jugendstil“ hat sich gut etabliert und ist aus Purkersdorf nicht mehr wegzudenken und die Möglichkeit hier Veranstaltung fern des Mainstreams erleben zu können, ist ein gewisser Luxus!

Bina



# Fahrplanverbesserungen bei den ÖBB – **bitte warten!**

*Vor 2012/13 keine Besserung in Sicht*

Sehr geehrte Damen und Herren, werte BahnfahrerInnen!

Wir legen Ihnen hier wieder den aktuellen Zugfahrplan vor. Irmgard Reichmann hat ihn für Sie in dieser bewährten und übersichtlichen Weise für Purkersdorf adaptiert.

Die Qualität der Aufbereitung können wir verantworten. Beim Fahrplanangebot haben die ÖBB die Interessen des Nahverkehrs dem Fernverkehr untergeordnet.

Schon beim letzten Fahrplanwechsel haben die ÖBB die Ausdünnung damit begründet, dass sie pünktlicher werden wollen. Die Pünktlichkeit hat sich in der Tat leicht verbessert, doch jede Forderung nach zusätzlichen Zugverbindungen wurde auf die Zeit nach der Inbetriebnahme des Wienerwaldtunnels 2012/13 vertagt, obwohl es von der Initiative „Unsere Bahn – Unsere Busse“ gut überlegte konkrete Verbesserungsvorschläge gab.

## Der neue Fahrplan 2010/11

Die Anzahl der Züge ist in etwa gleich geblieben. Doch die Taktung hat sich bedeutend verschlechtert. Nicht mehr halbstündlich verkehren die Züge, sondern im Rhythmus 20-40 von Wien nach Purkersdorf. In Richtung Wien ist es noch schlimmer: Der Regionalzug fährt in Purkersdorf Zentrum jeweils X.09 ab, der Schnellbahnzug folgt um X.22. Dann heißt es warten – eine geschlagene dreiviertel Stunde.

Auch eine weitere Verdichtung in den Abendstunden bieten die ÖBB nicht an.

Die längeren Aufenthalte in Unterpurkersdorf wegen Vorfahrten von höherrangigen Zügen werden künftig entfallen, die Vorfahrten sollen in Tullnertal-Pressbaum stattfinden.

## Aussicht auf den Fahrplan 2012/13

Anlässlich des Fahrplanwechsels in zwei Jahren soll der Wienerwaldtunnel in Betrieb gehen und der neue Wiener Hauptbahnhof seinen Teilbetrieb aufnehmen (Vollbetrieb ab 2015).

Der große Wurf für das Zugangebot sollte das werden. Doch die Erwartungen müssen wir auch hier schon herunter schrauben.

Einen Viertelstundentakt wird es nach den derzeitigen Planungen nicht geben. Die Schnellbahn wird halbstündlich verkehren, und in Purkersdorf Zentrum wird auch der Regionalzug halten. Ob die Schnellbahnzüge der S15 (Stammstrecke) dann verlängert geführt werden und auch Purkersdorf Zentrum bedienen, ist noch nicht entschieden.

Zum motorisierten Individualverkehr sind die Öffis trotz aller Mängel und Defizite noch immer eine attraktive Alternative. Wir bitten Sie: Nutzen Sie das bestehende Angebot, reisen Sie klimafreundlich und reden Sie mit – auch damit das Angebot sich verbessert.

Mit diesem Plan als Hilfe wollen wir Ihnen den Um- und Einstieg erleichtern. Auf der Startseite von [www.puon.at](http://www.puon.at) können Sie sich übrigens Ihre aktuelle Fahrplanabfrage zurecht legen.

Mit herzlichen Grüßen

*Christian Schlagitweit,  
Stadtrat für Umwelt, Energie und Verkehr*

*„Die Anzahl der Züge ist in etwa gleich geblieben. Doch die Taktung hat sich bedeutend verschlechtert.“*

